

## **Schlussstatement des Vorsitzenden der EVVÖD-Konferenz in Lissabon**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich will den Versuch unternehmen, die wesentlichen Aspekte unserer Konferenz zusammenzufassen.

Im vereinten Europa ist Mobilität als Konsequenz einer veränderten Gesellschaft und Arbeitswelt eine unverzichtbare Voraussetzung. Die unterschiedlichen steuerlichen Regelungen und Bedingungen der einzelnen Staaten können sich hier als Hindernis auswirken. Es ist allerdings das legitime Interesse der Mitgliedstaaten, die Steuereinnahmen zu sichern, um die vielfältigen staatlichen Aufgaben wie zum Beispiel die Finanzierung der Alterssicherung wahrnehmen zu können.

Andererseits kann gerade das Steuerrecht auch als Steuerungsinstrument genutzt werden, um soziale Ziele zu unterstützen. Das Einführen von Steuervergünstigungen und Befreiungen als Anreiz für Investitionen in die Alterssicherung ist sicher ein geeignetes Mittel. Es ist jedoch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel nicht unbegrenzt möglich. Und es muss auch auf mögliche Fehlentwicklungen geachtet werden. Eine Förderung, die von Besserverdienenden als gewinnbringende Kapitalanlagemöglichkeit genutzt wird, würde ihr Ziel verfehlen. Denn die Förderung soll nicht nur, aber ganz besonders die Menschen mit niedrigem bzw. geringem Einkommen vor Einbußen im Ruhestand schützen.

Es ist eine originäre Aufgabe der Staaten, wirksame und angemessene Instrumente zur Sicherung der Altersversorgung ihrer Bürger zu finden. Dabei geht es nicht um eine Alleinfinanzierung durch staatliche Mittel und Hilfen. In der Entwicklungshilfe gebraucht man das Motto: „Hilfe zur Selbsthilfe“ – das ist zwar ein anderer Kontext, ich halte den Satz aber auch hier für passend. In den letzten Tagen haben wir gehört, dass es ganz unterschiedliche Möglichkeiten gibt, solche auch völlig neuen Anreize zu schaffen. Man kann hier sowohl bei der Gestaltung der Produkte als auch bei der Besteuerung ansetzen. Ein Beispiel für eine interessante Ausgestaltung ist das „Life Time Allowance“ als Obergrenze wie es in Schottland eingeführt wurde. Alle Änderungen, von denen wir in den letzten zwei Tagen viel gehört haben, müssen von oft sehr komplexen Übergangsregelungen flankiert werden.

Was nehmen wir aus den vergangenen Tagen mit für unsere Arbeit? Natürlich gute Erinnerungen an Lissabon und unseren fruchtbaren Austausch. In den letzten Tagen musste ich immer an einen Satz denken: „Zukunft durch Wandel“. Dieses Motto stand vor zwei Jahren über der Jubiläumsfeier unserer Einrichtung. Es hätte aber auch über diesem Kongress stehen können, denn in allen Ländern und Systemen gibt es weitreichende Reformen, um die Zukunft der Altersabsicherung der Bevölkerung sicherzustellen. Die alten Systeme sind an ihre Grenzen gekommen, deshalb wird gehandelt und muss gehandelt werden.

Das vereinigte Europa ist akzeptierte und gelebte Realität. Ziel der vielen einzelnen Reformen ist aber nicht primär die Mobilität der Arbeitnehmer, sondern die Sicherung der Sozial- bzw. Altersvorsorgesysteme. Wir haben deshalb gerade bei den Fragen der Besteuerung und der Portabilität noch sehr viele ungelöste Probleme. Peter Schoeneville hat uns hier die Ziele und die Haltung der Europäischen Kommission sehr eindrücklich dargestellt. Auch haben wir gesehen, wie viele unterschiedliche Wege insbes. bzgl. der Besteuerung in den einzelnen EU-Staaten gegangen werden.

Eines scheint mir aber besonders wichtig zu sein: Die künftige Absicherung der Bevölkerung im Alter ist für alle Staaten eine Frage größter Wichtigkeit. In den nächsten Jahrzehnten wird in sehr vielen Ländern ein größerer Bevölkerungsanteil allein durch die Versorgungssysteme der ersten Säule nicht ausreichend abgesichert sein. Die Staaten selbst werden diese finanzielle Belastung nicht schultern können. Die Bürgerinnen und Bürger müssen ergänzende zusätzliche Vorsorge betreiben. Wichtig ist, dass dies rechtzeitig geschieht. Der Aufbau von Altersvorsorge ist ein langwieriger Prozess. Hier sind Politik und auch wir als Experten gefragt, die notwendigen Informationen zu vermitteln. Bei allen Problemen, ausgewogene Lösungen für die Besteuerung zu finden, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Altersarmut droht, wenn wir heute nichts dagegen tun.

Dieses Problem anzupacken und die fiskalischen Friktionen innerhalb Europas zu lösen, ist eine dringende Aufgabe der Politik insbesondere der europäischen Politik der nächsten Jahre. Die derzeitige Entwicklung könnte Länder sonst angesichts der Steuerausfälle dazu bewegen, ihre zur Förderung privater Vorsorge aufgebauten Steuerregelungen umzuwandeln und damit die Vorsorge-Anreize wieder abzubauen.

Und hier komme ich auf meine einführenden Worte am 1. Tag unserer Tagung zurück: Ich sehe die Aufgaben und die Chancen dieses Verbandes darin, für die eben aufgezeigten Zusammenhänge Verständnis zu schaffen und sie an die entsprechenden Stellen weiterzutragen. Gerade bei den komplexen Fragen der Altersversorgung sind Experten gefragt, die aber einen Blick für das große Ganze und nicht nur für ihre eigenen Belange haben. Diesen Blick haben wir in den vergangenen Tagen geschärft. Und in diesem Sinne lassen Sie uns weitermachen.

Wolf R. Thiel  
Lissabon am 13. Oktober 2006